



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Weltwende

Stegemann, Hermann

Stuttgart, 1934

Französische Dialektik

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)

Waffen dienen konnten, sondern griff auch die Zahlen der deutschen Bewaffnungspläne an. Deutschland hatte an Stelle der Reichswehr eine Armee von 300 000 Mann mit kurzer Dienstzeit gefordert. Nun erklärte Frankreich, daß diese 300 000 Mann bei weitem nicht die Truppenmenge darstellten, über die Deutschland jeden Augenblick verfügen könne, ohne zu Mobilisationsmaßnahmen greifen zu müssen, daß also hier eine Verschleierung des deutschen Rüstungsstandes vorläge.

Um dies zu beweisen, bezog sich die Denkschrift auf die Polizeikräfte, deren militärischer Charakter in Genf festgestellt worden sei, und auf die „paramilitärischen Formationen“ der SA und der SS, die nach dem Einzug Hitlers in die Macht nicht nur eine furchtbare und beunruhigende Entwicklung aufzeigten, sondern auch von der Reichswehr im Waffengebrauch ausgebildet würden und wie eine mit allen Waffengattungen versehene Armee organisiert seien. Die französische Regierung zog daraus den Schluß, daß man bei einer Konvention über die allgemeine Beschränkung der Rüstungen die Bestände solcher Formationen in die Rechnung einstellen müsse, da man sonst von Land zu Land nicht zu einer richtigen Vergleichung der militärischen Kräfte gelangen könne. Als unannehmbar endlich bezeichnete Frankreich die von Deutschland geforderte Ausrüstung mit neuem Material, bevor über die Verteilung der Rüstungen bindende Beschlüsse gefaßt seien, und erklärte, daß ein Abkommen, das auf der Grundlage der deutschen Forderungen getroffen werde, unvermeidlicherweise einen Rüstungswettlauf nach sich ziehe, der nur durch eine gemeinsame Anstrengung der zivilisierten Nationen verhindert werden könne.

Die französische Diplomatie benutzte also die innenpolitische Entwicklung Deutschlands, aus der die national-sozialistische Revolution siegreich hervorgegangen war, und bezeichnete die in der SA und der SS zusammengefaßten politischen Truppen Hitlers als „paramilitärische Formationen“, gegen die sie dann die ganze Schärfe ihrer Beweisführung richtete. Sie tat dies, um die Berechnung der deutschen Militärmacht auf eine Addition der von Deutschland geforderten 300 000 Mann, eines Teils der Schutzpolizei und der SA und der SS zu gründen. Die politische Hausstruppe, auf der die

Ausbreitung, Erhaltung und Sicherung der nationalsozialistischen Erhebung ruhte, wurde also von der französischen Kritik aus ihrer revolutionären Sphäre herausgehoben und zugleich gegen das neue Deutschland und die deutsche Rüstung ausgespielt. Die französische Diplomatie vergaß dabei, daß die faschistische Miliz Italiens in höherem Grade eine „paramilitärische Formation“ war und daß die tschechischen Sokols und die in anderen Ländern herangebildeten Freiwilligen auch unter diesen Begriff fielen. Sie stieß also der deutschen Regierung die Gegenforderung in die Hand, daß dann auch diese wie alle ähnlichen Verbände zur Feststellung der militärischen Rüstung des betreffenden Landes herangezogen und ebenfalls einer Kontrolle unterstellt werden müßten.

Gänzlich ablehnend verhielt sich das Aide-Mémoire endlich zu der von Deutschland geforderten unverzüglichen Ausrüstung mit Flugzeugen und anderem Material, indem es behauptete, daß ein auf diese deutschen Forderungen gegründetes Abkommen unausweichlich zu einem Rüstungswettlauf führen müsse. Mit anderen Worten, was den mit Flugzeugen, Tanks und schwerer Artillerie ausgerüsteten Staaten recht war, war Deutschland nicht billig. Frankreich hielt also dafür, daß die Ausrüstung Deutschlands mit einem Bruchteil der von den anderen Staaten geführten Waffen eine Gefahr bilde und durch vermehrte Rüstungen und neue Garantien ausgeglichen werden müsse! Dagegen erklärte sich Frankreich bereit, nach Annahme einer Konvention seine eigenen militärischen Kräfte Zug um Zug mit der Umgestaltung der Reichswehr zu verringern, um zur Parität der vergleichbaren deutschen und französischen Streitkräfte zu kommen. Es bezog dies aber ausdrücklich nur auf jene Kräfte, die zur Verteidigung des Landes bestimmt seien. Ferner erklärte es sich bereit, sein Kriegsmaterial auf dem gegebenen Stand zu halten und die Herstellung von Geschützen, Flugzeugen und Kampfwagen zu verbieten, die ein größeres Kaliber und einen höheren Tonnengehalt aufwiesen, als anderen Staaten zugebilligt würde.

Frankreich umgab dieses Entgegenkommen aber mit Vorbehalten, die Deutschland wiederum während einer Reihe von Jahren in der Unterlegenheit festgehalten hätten. Diese Unterlegenheit wurde vor allem dadurch gewährleistet, daß Deutschland sein kleines stehen-

des Heer zu einer Truppe mit kurzer Dienstzeit umbilden mußte, während Frankreichs kurzdienende, überreich mit Cadres und Material versehene Armee in voller Bereitschaft blieb. Das von Frankreich vorgeschlagene „synchronistische Verfahren“, Deutschland in den Jahren des Übergangs wehrlos zu machen, lief also wieder auf die Auferlegung einer Bewährungsfrist hinaus.

Aber nicht diese und andere technische Vorschläge machten den letzten Wert des französischen Dokumentes aus. Der Nachdruck lag vielmehr auf einer am Schlusse ausgesprochenen Einladung, die das Reich nach Genf zurückrief. Diese Einladung hatte den Charakter einer programmatischen Erklärung, in der sich Frankreich hartnäckig von jedem Versuch schied, außerhalb der Völkerbunds-sphäre europäische Politik zu machen.

Zum Schlusse erinnerte das Aide-Mémoire die deutsche Regierung daran, daß Deutschland und Frankreich nach einer Erklärung des Reichskanzlers durch keinerlei territoriale Forderungen mehr getrennt würden. Es handle sich also nicht mehr um deutsch-französische, sondern nur noch um europäische Probleme, und diese könne Frankreich, um seiner Politik der internationalen Zusammenarbeit treu zu bleiben, nur im Kreise der verschiedenen daran beteiligten Mächte und im Schoße des Völkerbundes ins Auge fassen.

Das sind die wesentlichen und richtunggebenden Erklärungen, die in dieser diplomatischen „Gedächtnishilfe“ enthalten waren. Sie sind für Frankreichs Politik wegleitend geblieben.

*

Seit den Vortagen von Locarno war keine größere Entscheidung mehr in Paris getroffen worden. Aber in den Schlusssätzen steckte ein Dorn, an dem Frankreich sich selbst verletzen konnte. Die Behauptung, daß Adolf Hitler erklärt habe, Deutschland und Frankreich hätten keinerlei territoriale Forderung mehr aneinander zu stellen, traf zwar zu, war jedoch vom Kanzler an die Voraussetzung geknüpft worden, daß das Saargebiet an Deutschland zurückgegeben werde. Noch trennte also die in der Schwebe hängende Saarfrage die beiden Mächte, und die von Hitler aufgestellte Prämisse enthielt